



Ausschuss für Kommunalpolitik

139. Sitzung (öffentlich)

25. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Konsequenzen aus dem jährlichen Schwarzbuchbericht des Bundes der Steuerzahler: Kommunales Baumanagement in Nordrhein-Westfalen – Sachstand und Optimierungsmöglichkeiten **6**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4510

In Verbindung mit:

Gespräch mit dem Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, Herrn Werner Haßenkamp

Dem Bericht des Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt NRW schließt sich eine kurze Diskussion an.

2 Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) 12

Vorlage 16/4116

Vorlage 16/4130

Ausschussprotokoll 16/1510

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten dafür, den Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP) anzunehmen.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 24Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/13260

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4509

Vorlage 16/4503 (*erbeten für den Innenausschuss*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

4 Entwurf einer Verordnung über eine Kostenausgleichsregelung für durch das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen entstandene kommunale Belastungen (Kostenausgleichsverordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-KoV NRW) 26

Vorlage 16/4444

Der Ausschuss wird zur Verordnung angehört.

5 Gesetz zur Stärkung des Kreistags 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Die Auswertung der Anhörung soll erst nach Vorlage des entsprechenden Anhörungsprotokolls erfolgen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen) 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13314

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP dafür, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten Drucksache 16/13314 anzunehmen.

7 Wie ernst nimmt die Landesregierung das Konnexitätsprinzip – Gilt „wer bestellt, der zahlt“ nicht bei der Hygieneampel? 35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4470

Zuschrift 16/995 (Städtetag NRW und Landkreistag NRW)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Sachstandsbericht zum Flüchtlingsaufnahmegesetz 2016/2017 37

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4511 (Neudruck)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9	Verschiedenes	40
	a) Bekanntgabe eines Anhörungstermins	40
	b) Vorratsbeschluss für eine schriftliche Anhörung	40
	c) Vorratsbeschluss für eine Anhörung	40

* * *

5 Gesetz zur Stärkung des Kreistags

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Vorsitzender Stefan Kämmerling teilt mit, die Fraktionen hätten sich darauf verständigt, die am 4. November 2016 durchgeführte Anhörung zu diesem Gesetzentwurf am 25. November 2016 – also in der laufenden Sitzung – auszuwerten. Im Zuge der Beherrschungsherstellung zu dieser Tagesordnung sei den Fraktionen allerdings bereits mitgeteilt worden, dass das Anhörungsprotokoll noch nicht vorliege.

Wie zuletzt von Herrn Kollegen Nettelstroth angemerkt, sollte eine Anhörung erst nach Vorlage des entsprechenden Protokolls ausgewertet werden, empfiehlt **Mario Krüger (GRÜNE)**.

Ralf Nettelstroth (CDU) schließt sich dieser Empfehlung an.

